

## "Frankreich hat sich für Europa entschieden" in Le Monde (19. Januar 1949)

**Legende:** In der französischen Tageszeitung Le Monde erläutert Maurice Duverger, dass Frankreich sich für den europäischen Föderalismus entschieden hat, als es das Ruhrstatut als Übergang vom besetzten Deutschland zum unabhängigen Deutschland akzeptiert hat.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 19.01.1949, n° 1 238; 6e année. Paris: Le Monde. "La France a choisi l'Europe", auteur:Duverger, Maurice , p. 1; 2.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/frankreich\\_hat\\_sich\\_fur\\_europa\\_entschieden\\_in\\_le\\_monde\\_19\\_januar\\_1949-de-ob41b992-c229-46d7-a830-37621e5c6ac2.html](http://www.cvce.eu/obj/frankreich_hat_sich_fur_europa_entschieden_in_le_monde_19_januar_1949-de-ob41b992-c229-46d7-a830-37621e5c6ac2.html)



**Publication date:** 19/12/2016

## Frankreich hat sich für Europa entschieden

Seit 1944 war die französische Außenpolitik vor die Wahl zwischen zwei entgegengesetzten Wegen gestellt: zum einen der traditionellen Nationalismus, der die Kontrolle über den Rhein, die Teilung Deutschlands und einen zweiten Versailler Vertrag mit sich brächte, in dem Wilsons Illusionen Clemenceaus Realismus nicht mehr im Wege stünden; zum anderen ein ganz neuer Föderalismus, der zum Aufbau eines so fest vereinten Europas führt, dass Grenzkriege sinnlos würden, die Sicherheit eines jeden Staats durch den Zusammenhalt des Ganzen gewährleistet und ein Konflikt zwischen den Mitgliedern genauso unwahrscheinlich sein würde wie ein Krieg zwischen Massachusetts und Connecticut.

Unter dem Einfluss persönlicher Ansichten des Regierungschefs und der natürlichen Reflexe einer nach vier Jahren Leid und Hass noch immer nicht zur Ruhe gekommenen öffentlichen Meinung entschied sich die Außenpolitik zunächst für den ersten Weg. Doch die Angst vor Russland, der Einfluss Amerikas und die an Bedeutung gewinnende föderalistische Bewegung ließen sie schließlich zum zweiten Weg tendieren, der schließlich mehrere Regierungsmaßnahmen wie beispielsweise die Unterstützung für das Vorhaben einer europäischen Versammlung hervorgebracht hat.

Seltsamerweise führte diese Neuorientierung aber nicht zur Aufgabe des früheren Standpunktes, sodass unsere Diplomatie von nun an zwischen zwei gegensätzlichen Zielen hin- und hergerissen war. Weil es versucht, zwei gegensätzliche Politiken parallel zu verfolgen, könnte Frankreich letzten Endes keine von beiden bleiben. In seiner Haltung Deutschland gegenüber kommt seine unsichere Haltung nur allzu gut zum Ausdruck: Einerseits schien sich die künftige deutsch-französische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Föderation in einigen viel versprechenden Erklärungen widerzuspiegeln, andererseits sind die Forderungen bezüglich des Ruhrgebiets und die Bemühungen zur weiteren Abtrennung der französischen Zone eher nationalistischer Natur.

Die jüngsten Äußerungen Robert Schumans stellen jedoch einen neuen Sachverhalt dar, dessen Wichtigkeit wahrscheinlich noch nicht genügend betont wurde. In der Tat kann die Frage gestellt werden, ob damit nicht eine dritte Phase dieser diplomatischen Entwicklung eingeläutet wird, in der Frankreich diesen „alten Mann“ in ihm, von dem der Apostel Paulus spricht, endgültig begraben hätte, um damit endgültig den Weg der europäischen Föderation einzuschlagen, sodass der 12. Januar 1949 möglicherweise zu einem bedeutenden Tag in der französischen Außenpolitik wird.

\*

\*\*

Bisher war die Ruhrfrage von Frankreich nur unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten erörtert worden – es ging um die Einrichtung einer ständigen Kontrolle zur Verhinderung einer künftigen deutschen Wiederbewaffnung. Ein sowohl für die Zukunft Europas als auch Frankreichs fatales Konzept, denn einerseits stünde damit die deutsche Industrie weiterhin unter der ständigen Treuhandschaft der Alliierten, und es käme endgültig zu einer Herrschaft der Sieger über die Besiegten, was wiederum die Idee für ein Europa zunichte machen würde, das eine auf dem Beitritt jedes Landes beruhende Zusammenarbeit zwischen freien Nationen voraussetzt. Ein solches Konzept würde auch eine unvermeidliche geschichtliche Entwicklung bewusst ausklammern, die sich jeglicher Kontrolle entzieht, denn der deutsche Widerstand ginge eines Tages triumphierend daraus hervor, nachdem er jahrelang den Nationalismus geschürt und auf Revanche gesonnen hätte.

Als Frankreich bei den Briten und den Amerikanern gegen deren unilaterales Vorgehen Protest einlegte, ging es wiederum lediglich um die Forderung nach Sicherheit. Und die Kommentare, die die Annahme des gegenwärtigen Statuts begrüßen, weichen kaum von dieser allgemeinen Linie ab. Im Gegenteil dazu scheint das Gespräch des Außenministers mit der Agentur Sudena eine ganz andere Richtung einzuschlagen.

Denn es ist etwas ganz anderes, wenn man das neue Statut als die endgültige Lösung der Ruhrfrage betrachtet oder als ersten Schritt einer allgemeinen Entwicklung in der alliierten Deutschlandpolitik ansieht. Im ersten Fall geht es darum, die Herrschaft des Siegers über den Besiegten zu besiegeln; es wäre das

Instrument einer dauerhaften Bevormundung der deutschen Industrie gemäß dem traditionellen französischen Standpunkt. Dagegen könnte die zweite Möglichkeit den Ausgangspunkt zu einer schrittweisen Befreiung Deutschlands darstellen, an deren Ende es die gleichen Rechte wie seine Partner in der europäischen Föderation genießen würde, und jede Erinnerung an den Krieg wäre ausgelöscht. Tatsächlich sollte nicht vergessen werden, dass das neue Statut die militärische Kontrolle durch eine zivile ersetzt wird, was in jedem Fall einen bedeutenden ersten Schritt verkörpert.

Der zweite Schritt bestünde dann in der Umwandlung der interalliierten Kontrolle in eine europäische Kontrolle, oder noch besser in eine europäische Verwaltung, an der Deutschland gleichberechtigt teilnehme – das Ruhrgebiet würde damit zum ersten Industriezentrum unter föderaler Bewirtschaftung. In einem dritten Schritt würde die föderale Bewirtschaftung dann auf alle Wirtschaftszweige ausgedehnt, deren Relevanz den einzelstaatlichen Rahmen übersteigt und deren Ausbau nur noch auf europäischer Ebene möglich ist, wie z. B. Bergbau, Schwerindustrie, Flugverkehr, Wasserkraft in den Alpen usw. Das Ruhrgebiet wäre damit kein Zankapfel mehr, sondern ein lebendiges Bindeglied zwischen den Völkern Europas.

Die ganze Tragweite der Schuman-Erklärung beruht insbesondere auf der Tatsache, dass sie eine dynamische Sichtweise des Ruhrstatuts an die Stelle der statischen Auslegung zu setzen scheint. Zwar baut der Außenminister noch immer auf die französische Sicherheit und deren Garantie durch die interalliierte Kontrolle, er unterstreicht jedoch, dass die Maßnahmen nur vorläufig getroffen wurden, und betont die Rolle, die die Deutschen selbst bei deren Abänderung spielen können: indem sie nämlich ihren Willen bekunden, einen Beitrag zum friedlichen Wiederaufbau Europas zu leisten, anstatt auf eine Revanche mit nationalistischem Hintergrund zu sinnen.

Damit wird die Frage sehr deutlich umrissen, ist es doch offensichtlich, dass Deutschland nicht übergangslos von einer militärischen Besatzung zu einem System der totalen Freiheit hinüberwechseln kann, welches überdies keinerlei Garantie für Frankreich böte, solange Europa sich noch in der Planungsphase befindet. Das derzeit grundlegende Problem besteht von daher in der Festlegung einer Übergangsphase, in der Deutschland bei gleichzeitiger schrittweiser Loslösung von seinen Siegern zusammen mit den anderen Völkern des alten Okzidents in ein neues Europa eingegliedert wird.

Indem es das Ruhrstatut künftig als einen Übergang und nicht als vollendetes System bzw. als Anfang und nicht als Ende betrachtet, scheint Frankreich seine Diplomatie unwiderrufbar auf den europäischen Föderalismus eingeschworen und den unerträglichen Widerspruch gelöst zu haben, der das Land seit vier Jahren zerreißt.

Dieser Weg, der Mut und Beharrlichkeit erfordert, kann jedoch nur dann dauerhaft beschritten werden, wenn die Deutschen zu einer ehrlichen Zusammenarbeit bereit sind und die Franzosen ihre Regierung unterstützen. Europa aufbauen zu wollen ist schön und gut, doch kann Europa niemals ohne die Europäer entstehen. Es ist an der Zeit, sowohl den Franzosen als auch den Deutschen zu erklären, dass es für ihr Vaterland außerhalb einer europäischen Föderation weder Sicherheit noch wahre Größe gibt, und dass es für sie um alles oder nichts geht. Mögen sie das so schnell wie möglich einsehen!